Nummer 103 Halle, Sonnabend den 3. Mai 1924. 50. Jahrgang
Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch unsere Boten, Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.40 Goldmark, durch die Post 1.60 Goldmark und 24 Goldpfennig Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags.

Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.21 Goldmark. Verlagshaus: Neue Promenade 1a und Gr. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift: „Saalezeitung Saalesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle a. S.

Auswüchse des Wahlkampfes.

Die Deutschnationalen am Pranger!

Der Gipfelpunkt des Wahlschwindels.

Die Deutsche Volkspartei hat bisher den Wahlkampf sachlich geführt. Sie hat es auch bisher verabscheut, die täglich von deutschnationaler Seite verbreiteten faustdicken Lügen zu widerlegen und niedrigste Verleumdungen zurückzuweisen. Der Wahltaumel der deutschnationalen Agitatoren kennt jetzt aber keine Grenzen mehr. Die Aufpeitschung der Wähler geschieht mit Mitteln, die sich kaum noch von denen der Kommunisten unterscheiden. Deshalb sieht sich die Deutsche Volkspartei zur Abwehr gezwungen, sie bangt nicht um die Wahlstimmen derer, die auf das deutschnationale Schwindelmanöver hereinfallen, sie glaubt vielmehr im Interesse der politischen Reinlichkeit und der Zusammenarbeit in der zukünftigen Regierung nicht ungestraft agitatorische Tollheiten der Deutschnationalen ungestraft lassen zu dürfen.

In diesen Tagen wurde in Halle ein Flugblatt von den Deutschnationalen verbreitet, das die Ueberschrift trug „Die Sünden der Deutschen Volkspartei". Es ist nicht das einzige Machwerk, das seither das Licht der Oeffentlichkeit erblickte, aber es ist ein typisches Beispiel für die Art und Weise, mit der die Deutschnationale Volkspartei den politischen Gegner niederzukämpfen zu können glaubt. Der Inhalt dieses Blattes kann von keiner wahldemagogischen Lüge mehr überboten werden, er zwingt direkt dazu, die Zurückhaltung, die sich nationale Parteien bei dem Austausch der Meinungen während des Wahlkampfes im Interesse der vaterländischen Sache und mit Rücksicht auf den gemeinsamen Gegner links auferlegen sollten, aufzugeben und nicht nur die Lügen zu widerlegen, sondern das Sündenregister der Deutschnationalen einmal aufzuzählen.

Nach diesem Flugblatt soll die Deutsche Volkspartei mitschuldig sein an der Annahme der Bedingungen von Spaa, London und Genua. Plumpert kann nicht gelogen werden. Die Deutsche Volkspartei hat ebenso wie die Deutschnationalen, was dem Verfasser des Flugblattes bestimmt bekannt war, jene Forderungen der Entente uneingeschränkt abgelehnt. Sie hat gegen die Erfüllungspolitik derer um Erzberger, Wirth und Scheidemann genau so gefochten wie die Deutschnationalen. Sie hat auch seit dem August vorigen Jahres nicht eine einzige politische Handlung zu verzeichnen, die als „Erfüllungspolitik" ausgelegt werden könnte. Sie hat das Grundlagegutachten als Verhandlung anerkannt, ebenso wie die Regierung, wie die den Deutschnationalen nahestehende Schwerindustrie des Ruhrgebiets, wie der Reichsverband der deutschen Industrie, wie das deutsche Handwerk und andere große wirtschaftliche Körperschaften.

Das Sachverständigengutachten ist eine Verhandlungsgrundlage, zu der sich auch die Deutschnationalen bekennen werden, wenn sie demnächst in die Regierung eingetreten sind, die sie aber heute ablehnen lediglich aus dem Grunde, um ein billiges Agitationsmittel in der Hand zu haben. Eine solche Taktik in der wichtigsten Lebensfrage des deutschen Volkes ist verantwortungslos.

Wenn schon die Deutschnationalen außenpolitische Gesichtspunkte in die Debatte werfen, dann sollten sie wenigstens so ehrlich sein, auch offen anzuerkennen, daß sich unsere außenpolitische Lage seit dem Antritt der Regierung Stresemann ganz wesentlich gebessert hat. Das Sachverständigengutachten ist keineswegs das Ideal dessen, wie nach unseren Wünschen das Ausland die Dinge in Deutschland sehen soll, es ist aber ein riesenhafter Fortschritt gegenüber den Zumutungen, die uns die Entente bisher gestellt hat. Dadurch, daß die Deutschnationalen dauernd das Wort „Erfüllungspolitik der Regierung Stresemann und der Deutschen Volkspartei" im Munde führten, zwingen sie uns, es auch einmal ganz offen auszusprechen, daß sie

schuldig ist, durch dauernde Opposition und durch rücksichtslosesten Parteieigennutz eine außenpolitische Besserung der Lage des deutschen Volkes verhindert zu haben, ein Handeln, das alles andere als national zu nennen ist.

Die zweite Lüge in jenem Flugblatt der Deutschnationalen, die ständig wiederkehrt in allen deutschnationalen Parteiversammlungen, ist die, Stresemann und die Deutsche Volkspartei hätten den Ruhrwiderstand sabotiert. Schamlosere Verleumdungen ist kaum ein Kommunist auszusprechen in der Lage. Sie ist so unerhört, als wenn die Deutsche Volkspartei behaupten wollte, die Deutschnationalen oder ihre agrarkonservativen Vorgänger hätten den Dolchstoß gegen die Front 1918 geführt, indem Lebensmittel von der Landwirtschaft zurückgehalten und Wucherpreise von den um Brot und Fett bettelnden Stadtbewohnern gefordert wurden. Freiheit von Rhein und Ruhr, Erhaltung der Reichseinheit und Erleichterung des traurigen Schicksals unserer Volksgenossen im Westen, das wird die Politik der Deutschen Volkspartei bleiben, wie sie es bisher war. Aber

wir halten es für eine nationale Gewissenlosigkeit sondergleichen, daß trotz des flehenden Hilferufes aller rheinischen Parteien an das deutsche Volk, Rhein- und Ruhrfragen aus der Agitation auszuschalten, es der Partei, die das Nationalgefühl in Erbpacht genommen haben will, vorbehalten ist, agitatorisch das Schicksal der geknechteten Landsleute auszunutzen.

Solche Kampfesweise, das Mundaufreißen, das kindische Revanchegeschrei und die alberne agitatorische Forderung auf „Zerreißung des Versailler Vertrages" haben oft genug dem Franzosen Grund gegeben, die Schlinge um den deutschen Hals an Rhein und Ruhr fester anzuziehen und die Peitschen immer häufiger auf den Rücken deutscher Männer tanzen zu lassen. Wir alle wollen die Freiheit erkämpfen. Die Deutsche Volkspartei kann Taten in dieser Richtung aufweisen, aber soll es gelingen, dann sicher nicht auf die Art, wie Deutschnationale es im Wahlkampf darzustellen belieben, sondern nur so, wie Scharnhorst, Stein und Hardenberg zwischen 1806 und 1813 die Befreiung vorbereiteten.

Zum Dritten soll die Deutsche Volkspartei die Inflation verschuldet haben. So behauptet jenes Flugblatt. Ob es der Deutschnationale, der verantwortlich vor seinem politischen Gewissen für diese Behauptung ist, selbst glaubt? Wenn ja, dann kann man ihn getrost nach Nietleben schicken. Wenn der Dollarstand maßgebend sein soll für die Bewährung einer Regierung in der Nachkriegszeit, dann wäre der Sozialdemokrat Bauer der beste Kanzler gewesen, weil während seiner Kanzlerschaft die Mark stieg. Wie sich die Deutschnationalen nicht scheuen, das Los unserer Brüder im Westen in den Wahlkampf zu zerren, so scheuen sie sich auch nicht, den Namen ihres besten Mannes, Helfferich, zu entehren, indem sie durch das Flugblatt, auf das wir heute Bezug nehmen, just an dem Tage den Streit um die Vaterschaft der Rentenmark aufrollten, an dem Helfferich bestattet wurde. Wir können solchem Weg nicht folgen. Angesichts des tragischen Geschickes eines der besten Deutschen versagen wir uns leichten Herzens die Antwort auf die deutschnationale Taktlosigkeit. Eines aber dürfen wir getrost angesichts des Angriffes der Deutschnationalen feststellen:

Sie sind mitschuldig, daß das Rettungswerk der Regierung Stresemann nicht noch vollkommener gelang, als wir es heute sehen. Sie weigerten sich im November, in eine bürgerliche Regierung einzutreten. Sie beschworen Arm in Arm mit den Sozialdemokraten alle die vielen Regierungskrisen herauf, die unserer Genesung so unendlich geschadet haben, und sie drückten sich stets feige um die Verantwortung, die zu übernehmen ihnen ihre Krisenmacherei als heiligste vaterländische Pflicht auferlegte.

Und schließlich: Alle Welt hört es alle Tage von allen deutschnationalen Wahlrednern, in allen deutschnationalen Zeitungen und in allen deutschnationalen Flugblättern: Die Deutsche Volkspartei sei Schrittmacher des Marxismus. Als Antwort fragen wir:

Sind Deutschnationale an der Reinigung Sachsens und Thüringens vom roten Terror beteiligt gewesen?

Haben sie Revolutionserrungenschaften, wie den Achtstundentag, die unglückselige Zwangswirtschaft usw. abgebaut?

Haben sie durch den militärischen Ausnahmezustand die kommunistischen Putschgelüste niedergehalten?

Wenn der Wahlkampf noch 8 Tage dauern würde, dann bekämen sie, so ist die Lage heute, auch noch die Freiheit fertig, diese Verdienste der Regierung Stresemann und der Deutschen Volkspartei für sich selbst in Anspruch zu nehmen. Der Zusammenbruch der Sozialdemokratie auf der ganzen Linie, so wie er heute vor uns steht, ist ein Werk der Taktik Stresemanns, ein Verdienst der Deutschen Volkspartei. Genau so wenig wie die Deutschnationalen mit Phrasen und Schlagworten die Freiheit an Ruhr und Rhein erkämpfen können, genau so wenig können sie mit Reden und Lügen den Marxismus niederschlagen. nn.

Regierungskrisis in Mecklenburg.

Deutschvölkische Arm in Arm mit den Genossen.

Wie die „Mecklenburger Nachrichten" zu melden in der Lage sind, hat die Fraktion der deutschvölkischen Freiheitspartei dem Vorsitzenden der deutschnationalen Landtagsfraktion erklärt,

daß sie nicht in der Lage sei, gegen den von den Sozialdemokraten und Kommunisten angekündigten Mißtrauensantrag gegen das Ministerium Brandenstein zu stimmen, wenn nicht vor dem Wiederzusammentritt des Landtages der Rücktritt des Ministerpräsidenten Freiherrn von Brandenstein erfolgt wäre.

Freiherr von Brandenstein sei infolge seiner Stellungnahme zum Sachverständigengutachten für die Freiheitspartei untragbar. Da dem Vernehmen nach die Deutschnationale Volkspartei nicht gewillt ist, Herrn von Brandenstein zum Rücktritt zu veranlassen, so ist der Sturz des Ministeriums unvermeidlich, falls die Freiheitspartei auf ihrem Standpunkt verharrt. Alsdann wird ein Linksministerium, das sich auf Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten stützt, unabweisbare Folge sein. Allein die Deutschvölkische Freiheitspartei trifft somit die Schuld, wenn das Land Mecklenburg-Schwerin wieder eine Linksregierung erhält, deren Beseitigung von der Mehrzahl der Wähler bei der Landtagswahl am 17. Februar 1924 unzweideutig verlangt wurde.

Die Zusammensetzung des mecklenburgischen Landtages ist bekanntlich: Deutschnationale 19, Deutschvölkische 13, Sozialdemokraten 15, Wirtschaftspartei 1, Deutsche Volkspartei 5 und Kommunisten 9.

Ermittelungen um die sächsische Tscheka.

Dresden, 2. Mai. Anläßlich der Entdeckung der kommunistischen Tscheka in Sachsen ist der Bademeister Langer verhaftet. Es ist Mitglied der KPD. Zwei seiner Mitschuldigen werden verfolgt. Die aufgefundenen Dynamitvorräte stammen vermutlich aus einem Dynamitdiebstahl, der vor etwa Jahresfrist in Bergwerksbetrieben begangen wurde.

Australiens Schiffsbauprogramm.

Melbourne, 2. Mai. Das Schiffsbauprogramm der australischen Regierung sieht für die nächsten neun Jahre den Bau von vier leichten Kreuzern und mehreren Unterseebooten vor. Ein jedes der Unterseeboote soll ungefähr 250 000 Pfund kosten.

Französisch-deutscher Handelsvertrag

Paris, 2. Mai. Nach dem „Matin" hat der Handelsminister Loucheur die Grundlinien für ein französisch-deutsches Handelsabkommen entworfen. Dieses Abkommen soll die Januar nächsten Jahres fälligen Abmachungen ersetzen, die Kraft des Versailler Vertrages zur Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Elsaß-Lothringen getroffen worden seien. Der „Matin" hebt hervor, daß, wenn die französische Regierung sich rechtzeitig an den Völkerbund gewandt hätte, der bisherige Zustand hätte verlängert werden können.

*

Das „Journal" glaubt, daß schwierige Verhandlungen bevorstehen. Die Deutschen, so schreibt das Blatt, haben die Absicht, ihren Zolltarif zu ändern und künftig die verschiedenen Waren verschieden zu behandeln, z. B. die Weine nach Herkunft und Alkoholgehalt zu klassifizieren und Artikel gleicher Kategorie ganz genau nach Sondertarifen zu behandeln. Deutschland wird dann außerdem, heißt es weiter, den Handel mit den Randstaaten, mit Polen, der Tschechoslowakei, den Balkanländern und Südslawien durch Behinderung der Durchfuhr verschiedentlich schädigen können. Das sei um so ernster zu nehmen, als Deutschland bereits heute denjenigen fremden Exporteuren, die seine Häfen benutzen, Vorzugstarife eingeräumt habe. Auf diese Weise sei es ihm gelungen, die Schweizer Waren von Straßburg und Antwerpen weg nach Hamburg und Bremen zu ziehen. Der Anreiz, den Deutschland so gebe, habe z. B. auch Italien, das sich in seinem Triester Verkehr geschädigt sehe, zu einem Protest in Berlin veranlaßt. Auch die Belgier hätten sich bereits beschwert, und die deutsche Konkurrenz verursache auch schon in Holland Aufregung.

*

An Berliner unterrichteten Stellen ist, wie halbamtlich hierzu erklärt wird, von der Entsendung einer solchen Kommission und von derartigen Vorarbeiten nichts bekannt.

Flaggenverbot der Besatzungsbehörde.

Essen, 2. Mai. Die Besatzungsbehörde hat eine Verfügung erlassen, nach der es verboten ist, auf den öffentlichen oder privaten Gebäuden nationale oder andere Fahnen aufzupflanzen, ohne die vorherige Genehmigung des betreffenden kommandierenden Generals. Die Bestimmung ist nicht anzuwenden auf die alliierten Behörden und die konsularischen Behörden aller Nationen.

In drei Zeilen.

Die Botschafterkonferenz hat gestern eine Sitzung abgehalten, in der sie sich mit der Antwort beschäftigte, die sie demnächst an Deutschland über die Frage der Militärkontrolle richten wird.

*

Die Reparationskommission hat neue offizielle Besprechungen für Anfang nächster Woche in Aussicht genommen. Die Organisationsausschüsse treten Mittwoch zusammen.

*

In Paris hat gestern unter dem Vorsitz Millerands ein Ministerrat stattgefunden, in dem Poincare über die auswärtige Lage referiert hat.

*

Mussolini erklärte in Rom, daß die kleine Entente militärisch gegen Deutschland gerichtet sei.

*

Die Nachricht von einem politischen Bündnis zwischen Japan und Frankreich wird aus Tokio amtlich dementiert.

*

Der Wirtschaftsausschuß für das besetzte Gebiet hat gestern das Gutachten einstimmig als eine geeignete Verhandlungsgrundlage bezeichnet.

*

Der italienische Ministerrat beschloß auf Vorschlag Mussolinis die Errichtung einer großen Nationaloper in Rom.

*

Bei den amerikanischen Primärwahlen wurde zugunsten des Nominaten Coolidge für die Präsidentschaftswahl eine Majorität der Stimmen von 5 zu 1 abgegeben. Damit düfte Coolidge eine überwiegende Majorität auf den Nationalwahlen im Juni gesichert sein.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19240503013/fragment/page=0001

140 000 Ausgewiesene und 1700 Strafgefangene.

Berlin, 2. Mai. Halbamtlich wird gemeldet: Nach den letzten deutschen Feststellungen beträgt die Zahl der Ausgewiesenen aus dem gesamten besetzten Gebiet noch immer rund 140 000. In den Gefängnissen des besetzten Gebiets befinden sich auf Grund von Anordnungen der französischen und belgischen Militärgerichtsbarkeit ungefähr 1700 Deutsche in Straf- und Untersuchungshaft. Diese Zahl verteilt sich auf die verschiedenen Kategorien folgenderweise: etwa 1000 befinden sich in Strafhaft, hiervon sind etwa 300 nach deutscher Auffassung als politische Gefangene anzusehen. In Untersuchungshaft befinden sich zurzeit etwa 700. Da die Voruntersuchung und das Ermittlungsverfahren nicht öffentlich sind, zum Teil sogar mit einem absoluten Geheimnis umgeben werden, lassen sich durchaus zuverlässige Angaben über den Charakter der diesen Untersuchungsgefangenen zur Last gelegten Taten nicht machen. Schätzungsweise dürften etwa 300 von diesen Untersuchungsgefangenen als Gefangene politischen Charakters anzusehen sein. In Gefangenenanstalten Frankreichs und Belgiens sind im ganzen 54 Deutsche verschleppt worden.

Italienische Kredite für den südslawischen Staat.

Belgard, 2. Mai. Die Blätter melden, daß Südslawien in Italien eine Anleihe im Betrage von 250 bis 300 Millionen Lire aufzunehmen gedenke. Die Belgrader Regierung ist mit der Mailänder Banca commerciale in Verbindung getreten, welche die Anleihe in Italien plazieren soll.

Ein neues Tauschgeschäft Frankreichs.

Paris, 2. Mai. Der Londoner Berichterstatter der „Humanité" erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß die französische Regierung Rumänien das Anerbieten mache, eine Anleihe in der Schweiz unterzubringen. Für das Zustandekommen der Operation habe die französische Regierung dem Bundesrat die Wiederherstellung der Freizone versprochen.

Krisenzeichen in England.

London, 2. Mai. Die innerpolitische Lage weist neue Krisenzeichen auf. Der Haupteinpeitscher der Liberalen Partei überreichte an die Regierung ein Ultimatum, in dem die Liberalen als Vorbedingung ihrer weiteren Unterstützung verlangen, daß die Verhältniswahlvorlage im Unterhause zur Sprache gebracht wird und von der Regierung unterstützt werden soll. Eine amtliche Erklärung besagt, daß das Kabinett über eine Aenderung des Repräsentantengesetzes von 1918 zu beraten habe. Wahrscheinlich handelt es sich hierbei um den liberalen Wahlentwurf, der die Verhältniswahl vorsieht.

Verordnung des Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident hat auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung zur Ergänzung der Verordnung vom 28. Februar 1924 über die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes und die Abwehr staatsfeindlicher Bestrebungen folgende Verordnung erlassen:

Dem § 3 der Verordnung des Reichspräsidenten über die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes und die Abwehr staatsfeindlicher Bestrebungen vom 28. Februar 1924 (Reichsgesetzblatt I S. 152) wird folgender Absatz 3 hinzugefügt:

„Wer an nicht zugelassenen Versammlungen unter freiem Himmel oder Aufzügen auf öffentlichen Straßen oder Plätzen teilnimmt, wird mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 150 Goldmark bestraft. Wer solche Versammlungen oder Aufzüge veranstaltet, leitet oder als Redner in ihnen auftritt, wird mit Gefängnis oder mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft."

Gegen die Kriegsschuldlüge.

Der Arbeisausschuß Deutscher Verbände, der auf überparteilicher Basis über 700 Organisationen aller Art zum Kampfe gegen die Schuldlüge und das Diktat von Versailles zusammengeschlossen hat, hatte in einer von Vertretern aller politischen Richtungen besuchten Sitzung im Reichstagsgebäude am 14. April d. J. beschlossen, die Regierung zu ersuchen, die Kriegsschuldfrage amtlich aufzurollen und damit endlich für die Wahrheit und für die Ehre des deutschen Volkes einzustehen.

Nachdem sich nunmehr fast alle Parteien zu dem Kampfe gegen die Schuldlüge bekannt haben, fordern jetzt der Aufklärungsausschuß betreffend die Kriegsschuldfrage Langebrück, Bismarckjugend der Deutschnationalen Volkspartei, Bismarckbund, Landsmannschaft Berlin, Deutscher Kriegerbund Kyffhäuser, Deutscher Offizierbund, Jungdeutscher Orden, Nationalverband Deutscher Offiziere, Marineoffizierverband, Reichslandbund, Reichsoffizierbund, Saarverein, Stahlhelm, Vereinigte vaterländische Verbände Deutschlands und Wehrwolf, Bund deutscher Männer Frontkrieger in einem gemeinsamen Aufrufe das gesamte deutsche Volk auf, seinen Willen zur amtlichen Aufrollung der Kriegsschuldfrage auch schriftlich der Reichsregierung kund zu tun und sich in die zu diesem Zwecke herausgegebenen Listen einzutragen. Der Kopf dieser Listen enthält die Forderung:

„Die Reichsregierung wolle in vollem Bewußtsein ihrer Verantwortung und in voller Einmütigkeit mit dem ganzen deutschen Volke amtlich erklären, daß die Schuldanklage den geschichtlichen Tatsachen widerspricht und daß das Schuldbekenntnis vom deutschen Volke unter Protest in wehrloser Stunde erpreßt worden ist, daß daher die Folgerung, daß die früheren Mittelmächte und in erster Linie Deutschland gemäß Art. 231 auf Grund der Schuldlüge für die Schäden und Verluste des Weltkrieges verantwortlich gemacht werden, jeder rechtskräftigen Unterlage entbehrt."

•

Florenz, 2. Mai. **Auf der hier tagenden Konferenz** der Internationalen christlichen Eisenbahnergewerkschaften nahm der Vertreter der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner Stellung zur Kriegsschuldfrage. Veranlassung hierfür waren insbesondere die Behauptungen der französischen Delegierten, die bereits auf dem vorjährigen Kongreß und auch diesmal wieder Deutschland der Kriegsschuld bezichtigten. Der deutsche Vertreter Brune, der zweiter Vorsitzender der Internationale ist, trat dieser Behauptung sehr energisch entgegen und machte das Verbleiben seiner Gewerkschaft in der Internationale von der einstimmigen Annahme einer Erklärung abhängig. In dieser Erklärung wurde die Behauptung, Deutschland sei schuld am Kriege, zurückgewiesen. und betont, die Einstellung der französischen Gewerkschaften in dieser Frage sei nicht geeignet, das internationale Zusammenarbeiten der christlichen Arbeitergewerkschaften zu fördern und zu festigen. Diese Erklärung wurde nach einer sehr erregten Debatte von der Versammlung, auch von der französischen Delegation, angenommen. Die sachlichen Beratungen konnten daraufhin aufgenommen werden.

Ein Wahlaufruf der Kriegsopfer.

Der Zentralverband Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener wendet sich mit folgendem Aufruf an alle Kameraden aus der Schützengrabenzeit:

785 000 Schwerkriegsbeschädigte, 533 000 Kriegerwitwen mit 1 134 000 rentenberechtigten Kindern, 58 000 Vollwaisen, 200 000 bedürftige Eltern gefallener Soldaten, leben in sozialen Verhältnissen, die auf die Dauer unerträglich sind. Der Zentralverband Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener ruft deshalb allen den Tausenden von Kameraden, die im Schützengraben standen, in dieser Stunde zu:

Benutzt die bevorstehenden Reichstagswahlen, um all das Elend und den Jammer, der sich in den Familien der deutschen Kriegsopfer infolge des Verfalls ihrer Rechte in der Zeit der Inflation breit gemacht haben, hinauszuschreien in die breiteste Oeffentlichkeit. Verlangt von jedem, der sich um ein Reichstagsmandat bewirbt, daß er rückhaltlos bekenne, was er seither getan, um diesem furchtbaren Elend zu steuern.

Reißt denen die Maske vom Gesicht, die mit dem nationalen Gedanken Wahlgeschäfte machen wollen, aber deren nationales Verantwortungsgefühl zu schwach war, um nachhaltig einzutreten und zu arbeiten für eine Milderung der Not und der Anerkennung gerechter Forderungen derer, die ihr Herzblut hergegeben haben für den nationalen Freiheitskampf.

Rechnet ab mit jenem sozialdemokratischen Schematisierungsfanatismus, der keinen Unterschied zu machen wußte zwischen denen, die in beruflicher Arbeit für ihre eigene Existenz und für das Wohl ihrer Familien zu Schaden kamen und denen, die unter Verleugnung ihrer eigenen Interessen und des Glückes ihrer Familienmitglieder mit der Waffe in der Hand für den Freiheitsgedanken des deutschen Volkes den Feinden die Stirn boten und dabei ihre Arbeitsfähigkeit und wirtschaftlichen Existenzmöglichkeiten verloren!

Rechnet gründlich ab mit solchen seitherigen Parlamentariern, die dann im Reichstag stets das Weite suchten, wenn Fragen der deutschen Kriegsopfer auf der Tagesordnung standen. Tretet nur ein für solche Kandidaten, von denen Ihr — nicht nach billigen Worten, sondern nach ihren seitherigen Taten — erwarten könnt, daß sie ein Herz für die Kriegsopfer haben und Zeit finden werden für die Arbeit, die im künftigen Reichstag notwendig sein wird, um die deutschen Kriegsopfer vor wirtschaftlicher Verelendung zu bewahren.

National sein wollen, ohne den sozialen Gedanken zu pflegen, das ist ein Widerspruch, eine Phrase. Zwischen Sozialdemokratie und wirklicher sozialer Gesinnung klafft in der Praxis oft eine tiefe Kluft. Die Kriegsopfer haben genug von solchen Redensarten; sie wollen Taten sehen! Darauf kommt es an.

Auflösung des Reichsministeriums für Wiederaufbau. Auf Beschluß des Reichskabinetts gelangt nunmehr das Reichsministerium für Wiederaufbau zur Auflösung. Die Fortführung der bisher in diesem Ressort erledigten Arbeiten ist vom Reichsfinanzministerium übernommen worden.

Die Deutschnationalen sprechen sehr viel.

Wir haben gehandelt und wollen weiter handeln

!

Wählt

Deutsche Volkspartei!

Liste Dr. Cremer, Wünsche, Brenner

Liste Nr. 12 des amtlichen Stimmzettels

Eigentum, Verlag u. Druck: Otto Hendel-Gesellschaft m. b. H., Halle a. d. S. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Dr. Gottfried Herrmann, Halle a. S., für den Anzeigenteil: Curt Gebhardt, Halle a. d. S. Sprechstunde der Schriftleitung: Wochentäglich nur von 9 bis 10 Uhr. Für Aufbewahrung unverlangter Manuskripte wird keinerlei Gewähr übernommen.

Aus der Wahlbewegung.

Glückliches Deutschland.

Zur Reichstagswahl liegen vor: 486 Wahlkreisvorschläge (gegen 296 im Jahre 1920) und 23 Reichswahlvorschläge (gegen fünfzehn). In den Kreiswahlvorschlägen sind 4514, in den Reichswahlvorschlägen 428 Kandidaten aufgeführt. Die meisten Kandidaten (26) bringt der Wahlkreisvorschlag 4 der deutschnationalen Volkspartei im Wahlkreis 22 (Düsseldorf-Ost), die wenigsten, nämlich einen, der Wahlvorschlag der Deutschen Zentrumspartei im Wahlkreis 11 (Merseburg). Unter den 23 Reichswahlvorschlägen enthält der Vorschlag 16 des Häusserbundes nicht weniger als 50 Namen.

Ludendorffs Dementi.

General Ludendorff ersucht die „Telegraphen-Union" um Verbreitung folgender Erklärung: Die Nachricht der Presse, daß sich im Falle meiner Wahl zum Reichstag mein Mandat alsbald nach erfolgter Wahl niederlegen würde, ist unrichtig.

Ein Todesopfer der Parteiwut.

In Köpenick wurde in der vergangenen Nacht von Plakatanklebern des Hakenkreuzes der Arbeiter Walter Gerecke erschossen. Der Täter entkam. Noch nachts wurden von der Krimialpolizei fünf Verdächtige festgenommen.

Die verunglückten Maifeiern.

Blutige Zusammenstöße in Königsberg.

Mit langgezogenen Gesichtern werden die Kommunisten Berlins auf den Verlauf des ersten Maitages zurückblicken. Es gab einen Hereinfall. Zunächst einmal hatte diese Maifeier erheblich geringere Zugkraft ausgeübt, als die früherer Jahre. Trotz des hysterischen Geschreies des Berliner Sowjetblattes waren von der Beamtenschaft und den Angestellten öffentlicher Betriebe nicht eben viele der Gelegenheit zur Teilnahme an den Hetzversammlungen gefolgt. Die Notwendigkeit des Lohnverzichtes oder des Abzuges des Ruhetages vom Sommerurlaub erwies sich als starke Hemmung. Nur in wenigen Großbetrieben der Privatindustrie, deren Arbeiterschaft als extraradikal längst bekannt ist, blieben die Tore der Farbiken geschlossen, da die Kenntnisnahme der Schwätzereien in den Versammlungen jenen Unbelehrbaren als unerläßliche Pflicht gilt. Gute Wirkungskraft zeigte das starke Polizeiaufgebot. Es gelang ohne Waffengebrauch, schon die in Bildung begriffenen Demonstrationszüge aufzulösen, andere bereits formierte auseinanderzudrängen. Stellenweise half der Gummiknüppel nach. Alles in allem erwies sich der Segen einer festen Hand.

*

Im Reiche verliefen die Feiern im allgemeinen ruhig. Ueber blutige Zusammenstöße wird berichtet:

Königsberg, 2. Mai. Gestern bewegte sich trotz des Verbotes ein Demonstrationszug von etwa 2000 Personen durch die Hufen- und die Goltz-Allee. Die Demonstranten schlugen auf Polizeibeamte mit Gummiknüppeln, Stöcken usw. ein. Die Polizeibeamten zogen hierauf ihre Seitengewehre und forderten die Menge auf, auseinander zu gehen. In demselben Augenblick fiel aus der Menge ein Schuß, und der Polizeioberwachtmeister Mergenfeld brach, am Halse getroffen, zusammen. Ein anderer Polizeibeamter schoß den Führer nieder. Als die Schüsse gefallen waren, stob die Menge auseinander.

Hindenburg, 1. Mai. Heute kam es gelegentlich eines trotz des Verbots abgehaltenen Demonstrationszuges zu einer Schießerei. Ein Polizeiaufgebot suchte den Zug zu zerstreuen. Dabei fielen aus der Menge Schüsse, worauf die Polizei das Feuer erwiderte. Zwei Personen wurden getötet und fünf verletzt, davon eine lebensgefährlich. Der Anführer der Leute, die geschossen hatten, ein gewisser Glodnick aus Kochlowitz (Polnisch-Oberschlesien), wurde festgenommen.

Das Glück der Ingrid Wendland.

Roman von Erich Friesen.

10. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Adrian!" unterbrach ihn Konsul Wendland, indem er ihn bei beiden Armen packte und, ihn zu sich heranziehend, ihm fest in die Augen blickte. „Adrian! Sieh mich an! Kein andrer Grund zwingt dich zu deinem Entschluß, als der mir soeben angegebene — ich meine, keine Ehrlosigkeit oder auch nur leichtsinnige Handlung, die dir verbietet —"

„Nein, Vater, ich schwöre es dir!" fiel Adrian ihm rasch ins Wort. „Glaubst du, der Sohn eines solchen Vaters könnte eine ehrlose Handlung begehen, ohne —"

„Ich glaube dir!" erwiderte der alte Herr schlicht. „Und nun, wenn du wirklich fest entschlossen bist, dein Lebensschiff in eine andere Bahn zu leiten, wie ich sie dir von Kindheit an gezogen habe — welchen Beruf hast du für dich ausgesucht?"

„Ich möchte bildender Künstler werden, Vater!"

„Was —? Bildender Künstler? Meinst du damit — Bildhauer? . . . Hungerleider — willst du sagen. Tagedieb, der dem lieben Herrgott die Zeit wegstiehlt. Hättest du dir einen vernünftigen Beruf ausgesucht, etwa Arzt oder Techniker oder Jurist oder selbst Kaufmann — man hätte darüber sprechen können. Aber Bildhauer! Bildhauer!!"

„Vater!" erwiderte Adrian mit bei ihm ungewohnter Weichheit. „Siehst du denn nicht, daß mein Herz daran hängt? Du weißt, ich habe mich schon seit langem mit der Bildhauerei beschäftigt —"

„Ja, in deinen Mußestunden! Zum Spaß!"

„Nein, Vater. In vollem Ernst! Professor Bürgli von der Akademie will mich als Schüler aufnehmen. Er sagt, ich hätte starkes Talent —"

„So —?" rief Konsul Wendland aufgebracht. „Also ein ganzes Komplott gegen mich! . . . Da ist der alte Vater wohl überflüssig! Das sage ich dir aber, Adrian — mit meinem Willen verrennst du dich nicht in diesen Hungerleiderberuf. Wenn du glaubst, dich ohne meinen Segen wohl darin zu fühlen —"

In dem bleichen Gesicht des jungen Mannes zuckte es. Doch erwiderte er fest:

„Ich werde deinen Segen schmerzlich vermissen, lieber Vater. Aber es darf mich nicht abhalten, dem von mir erwählten Beruf treu zu bleiben."

„Dann wären wir wohl fertig mit unserer Unterredung!" polterte der alte Herr, indem er aufstand. „Ich hatte allerdings nicht geglaubt, daß mein einziger Sohn mir solchen Kummer bereiten würde."

Er machte eine entlassende Handbewegung und wandte sich ab.

„Vater! Noch ein Wort —"

„Nein! Geh! Du hast mir den ganzen Tag vergällt. Geh!"

Traurig, aber ungebeugt, mit festen Schritten verließ Adrian Wendland das Arbeitszimmer seines Vaters. Noch auf dem Gang hörte er die sonst so joviale Stimme hinter ihm her knurren: „Unglaublich! . . . Bildhauer — Hungerleider — — ganz unglaublich —"

Adrian preßte die Zähne zusammen. Doch hielt er den Kopf stolz erhoben. Er fühlte sich wie von einem Alpdruck befreit, da er endlich den Mut gefunden hatte, offen mit dem Vater zu reden.

Drunten im Wohnzimmer wartete Ingrid auf den Bruder. Sie wußte von der wichtigen Unterredung und bangte um den Erfolg.

„Nun?" fragte sie atemlos, als Adrian eintrat.

„Gemacht!"

„Und der Vater —"

„Ist böse natürlich."

„Und du?"

„Ich halte an meinem Vorsatz fest."

„O Adrian!"

„Würdest du um einer Laune des Vaters willen auf dein Lebensglück verzichten?"

Ingrid schwieg. Sie dachte an Hilmar Holgers Worte. Und — sie schwieg.

„Würdest du —?" drängte er.

„Ich glaube — nein!"

„Na also! Gib mir die Hand, Schwesterchen! Sei du nicht auch noch böse auf mich! Hab' grade genug Kummer wegen unserem braven Alten da oben —"

Herzlich drückte sie ihm die Hand.

„Adrian —"

„Noch was? 'raus damit!"

„Lieber Adrian! Enttäusche unseren guten Vater nicht noch einmal! Er hält so große Stücke auf dich! Halt dich brav! Lerne tüchtig! Werde ein großer Künstler! Dann wird der Vater schon wieder gut werden. Ich werde mit der Mutter sprechen — vielleicht legt sie ein gutes Wort für dich ein —"

„Die Stiefmutter?" spöttelte Adrian. „Die hetzt eher noch!"

„O nein. Ihr verkennt sie alle, glaube ich —"

„Meinethalben! Das aber verspreche ich dir, Schwester: stolz soll der Vater auf mich sein! Stolz! Ganz gewiß!"

Und kräftig schlug er in die gebotene Hand ein. Dann ging er, um sich bei Professor Bürgli als Schüler anzumelden. —

Es war, als ob die Aussprache zwischen Vater und Sohn die Schwüle, die seit einiger Zeit in der häuslichen Luft der Villa Wendland gelegen, vertrieben hatte. Zwar blickte der Konsul die ersten Tage noch, besonders, sobald sein Sohn anwesend war, mit Strenge drein; zwar behandelte die Frau Konsul ihren Stiefsohn noch kühler als sonst — aber die gedrückte Miene des jungen Mannes hatte sich in frohe Zuversicht verwandelt. Er sah seinen Weg klar vor sich liegen.

Bärbeli hüpfte und trällerte in Haus und Garten umher, wie stets. Nur daß man sie jetzt ab und zu vor dem Spiegel stehend fand, wo sie unter komischen Grimassen und grotesken Gliederverrenkungen allerhand Tanzschritte ausprobierte. Wenn man sie dann neckte oder schalt, so lachte sie spitzbübisch und rannte spornstreichs davon.

Und Ingrid?

Sie wußte selbst nicht, wie ihr geschehen war. In ihrem Herzen jauchzte und blühte ein ganzer Frühling.

Seit jenem Rütli-Ausflug war ihr, als ob ein neues Leben für sie begänne. Noch scheute sie sich, diese Empfindung Liebe zu nennen; scheute sie sich, mit irgendjemand darüber zu sprechen, selbst mit ihrer Schwester Juliane, der Vertrauten all ihrer sonstigen kleinen Kümmernisse. Sie scheute sich sogar, sich diesem beseligenden und doch beängstigenden Gefühl zu sehr zu überlassen . . .

Mit echt mädchenhaftem Stolz verschloß sie es in ihr tiefstes Inneres, stets besorgt, daß niemand etwas davon merkte — am wenigsten er, der diesen Aufruhr hervorgerufen hatte.

Nur eine Vertraute hatte sie: ihre Violine.

Wenn ihr Herz zum Ueberfließen voll war — dann griff sie zu dieser stillen Vertrauten; dann hauchte sie ihre ganze Sehnsucht in Tönen aus; dann weinten und jauchzten und schluchzten und jubilierten die Saiten unter ihrem Bogen, so daß die Spaziergänger vor der kleinen Villa am Zürichberg lauschend stehen blieben und die Leute in den Nachbarvillen die Fenster öffneten und flüsterten:

„Pst, pst! Still! . . . Ingrid Wendland spielt." . . .

War das die Liebe? Die vielbesungene Liebe? Dieses wundersame rätselhafte, allumfassende Gefühl, das Ingrids ganzes Sein gefangen genommen hatte?

Freilich erschien es ihr manchmal, als mied Hilmar Holger sie, als suchte er ihr so wenig wie möglich zu begegnen. Und wenn er sie doch zufällig irgendwo traf, so tauschte er nur die üblichen Höflichkeitsphrasen mit ihr aus. Aber dabei redeten seine Augen eine gar beredte Sprache. Und Ingrid fragte sich oft mit Herzklopfen, was aus all dem werden sollte. Denn nach Art liebender Mädchen sehnte sie die Stunde herbei, da der stillgeliebte Mann ihr auch mit Worten seine Liebe gestehen würde.

Und sie kam, die heißersehnte Stunde.

Nichts half es Hilmar, daß er sich mit fast übermenschlicher Kraft so lange beherrscht hatte, weil er sich Ingrids nicht für würdig hielt, weil er den klimmenden Funken der Neigung in dem unberührten Mädchenherzen nicht zur lodernden Flamme anfachen wollte.

Sie kam, die Stunde der Entscheidung . . .

Wieder war es an einem der musikalischen Abende bei Juliane Hangartner — an derselben Stelle, an der Ingrid und Hilmar einander vor Monaten zum erstenmal begegnet waren.

Doch nicht wie damals, unlustig, als verspäteter Gast, mit lässigen Schritten, stieg er die Treppe empor — nein, rasch, beflügelt, mit leuchtenden Augen und vor Erwartung geröteter Stirn. (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19240503013/fragment/page=0002